

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Extremismusbekämpfung an Schulen: 24/7 Notfallstelle einrichten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert unverzüglich eine permanente Notfallstelle „Extremismusbekämpfung an Schulen“ zu gründen, die als erster Ansprechpartner bei akuten und ernststen Gefährdungssituationen tätig wird. Dazu gehören insbesondere glaubhafte extremistische/fanatische Äußerungen aus der Schülerschaft, die dem islamistischen, aber auch allen weiteren extremistischen Spektren wie dem Links- oder Rechtsextremismus zugeordnet werden können. Konkrete Gewaltandrohungen in der Schule und wiederholtes Sympathisieren mit extremistischen Taten wie denen des radikalen Islamismus dürfen nicht aus falscher Toleranz hingegenommen werden. Die Stelle ist bei der Landeskommission Berlin gegen Gewalt anzusiedeln.

Bei offenen Drohungen gegen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräften oder anderes Schulpersonal, muss es für Eltern und Mitschülerinnen und Mitschüler eine zentrale Anlaufstelle geben. Diese Anlaufstelle ist mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zu besetzen und muss eine Erreichbarkeit von 24/7 gewährleisten. Die Aufgabe der dort Tätigen wird es konkret sein, die akute Bedrohungslage schnell in Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulen und Lehrkräften einzuschätzen sowie erste Gegenmaßnahmen einzuleiten. Sie fungiert als Schnittstelle zwischen Schulen und Ämtern, Polizei und weiteren Hilfsangeboten.

Der Senat hat dafür Sorge zu tragen, dass die Notfallstelle „Extremismusbekämpfung an Schulen“ mit mindestens 3 Vollzeitäquivalenten mit vollständiger mobiler technischer Ausrüstung ausgestattet wird. Die Kosten werden auf jährlich 250.000€ geschätzt. Diese Ausgaben sind im Nachtragshaushalt für den verbleibenden Zeitraum bis zum 31. Dezember 2021 zu berücksichtigen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2021 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

### ***Begründung***

Unsere Demokratie muss auch in der Schule ihre Wehrhaftigkeit beweisen. Es ist Aufgabe des Landes Vertrauen, Verlässlichkeit und auch Sicherheit für alle beteiligten Menschen an und in den Schulen sicherzustellen.

Der grausame und feige Mord am französischen Lehrer Samuel Paty hat auch hierzulande Debatten über die Sicherheit unserer Lehrkräfte ausgelöst. Laut Medienberichten hat bspw. ein elfjähriger muslimischer Schüler seiner Klassenlehrerin offen mit dem Tode durch Enthauptung gedroht.

Diese neue Dimension des unverhohlenen offenen, innerschulischen Extremismus ist nicht hinnehmbar. Präventionsangebote alleine reichen nicht aus. Bei konkreten Verdachtsfällen muss unsere wehrhafte Demokratie schnell und unverzüglich handlungsfähig sein. Rechtzeitig sind Lehrkräfte, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern Hilfsangebote zu unterbreiten. Hierzu gehört auch die Beratung vor Ort (z.B. im Rahmen einer aufsuchenden Jugendarbeit). Gleichzeitig ist der Informationsaustausch zwischen Schulen, Sicherheitsbehörden und freien Trägern sicherzustellen.

Das Schicksal von Samuel Paty darf sich nicht wiederholen.

Momentan ist es für Eltern wie Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte nicht eindeutig erkennbar, an wen sie sich wenden sollten, wenn sie von extremistischen Äußerungen in der Schule erfahren. Die neu zu schaffende Notfallstelle schafft hierfür Abhilfe. Darüber hinaus ermöglicht sie durch ihre Arbeit neue Erkenntnisse über die Extremismusverbreitung an unseren Schulen.

Die Notfallstelle „Extremismusbekämpfung an Schulen“ bündelt die Handlungskompetenz an einem Ort und kann schnell und unbürokratisch auf Meldungen reagieren. Durch die dauerhafte Verfügbarkeit kann sie zudem auf akute Bedrohungslagen flexibel antworten.

Berlin, 18. November 2020

Dregger Stettner Lenz  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU